

JAN FLEISCHHAUER

SPIEGEL
Bestseller-
Autor

DU BIST NICHT ALLEIN

Das Mehrheitsparadox
oder was passiert, wenn
die Mitte der Gesellschaft
das Gefühl hat,
am Rand zu stehen

DVA

JAN FLEISCHHAUER

**DU
BIST NICHT
ALLEIN**

JAN FLEISCHHAUER

**DU
BIST NICHT
ALLEIN**

Das Mehrheitsparadox
oder was passiert, wenn
die Mitte der Gesellschaft
das Gefühl hat,
am Rand zu stehen

Deutsche Verlags-Anstalt

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.

2. Auflage

Copyright © 2026 by Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, D-81673 München
produksicherheit@penguinrandomhouse.de

Umschlaggestaltung: Favoritbüro, München
Satz: satz-bau Leingärtner, Nabburg
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-421-07061-6

Inhalt

Die verratene Mitte – eine Einleitung	9
Dem Volk kann man nicht trauen – oder wie wir zu unseren Politikern kommen	14
Die Politisierung der Justiz – oder Mehrheitssicherung durch die Hintertür	28
Das Böse sitzt im Speckgürtel – oder die Abwertung der Provinz	44
Alles so schön links hier – oder warum Journalisten in Wahrheit schreckliche Opportunisten sind	58
Unterwegs in Dunkeldeutschland – oder wenn dir dein eigenes Land fremd wird	75
Die Akademisierung der Welt – oder am besten bleibt man doch unter sich	94
Das Kreuz mit der Ernährung – oder Essen als Distinktionsmittel und -merkmal	110

Ein falsches Wort – oder der seltsame Fetisch mit der Sprache	126
Alle Flüge gestrichen – oder Umweltschutz als Klassenkampf	147
Die Madonna des Sozialstaats – oder wer kein Bürgergeld bezieht, ist der Dumme	159
Die Entwertung des Alltäglichen – oder wenn das Normale nicht mehr normal ist	171
Der Havanna-Effekt – oder wie der Politik der Realitätssinn abhanden kam	190
Wir lassen die Falschen ins Land – oder das Bestreiten des Offensichtlichen	204
Was man noch sagen darf – oder die Kontrolle des öffentlichen Raums	227
Ab jetzt nur noch Bratwurst – oder Schrumpfen als Utopie	247
Die Linke und der Humor – oder am Ende bekommt immer Jan Böhmermann den Preis	264
Alles Nazis außer Oma – oder der ewige Kampf gegen den Faschismus	274

Und nun? – Wege aus der Krise	296
Dank	300
Personenregister	301

*»Just because you're offended,
doesn't mean that you're right.«*

Ricky Gervais

Die verratene Mitte – eine Einleitung

Knapp 38 Millionen Deutsche sind Mitglied einer christlichen Kirche – 20 Millionen bei den Katholiken, 18 Millionen bei den Protestanten –, und das entgegen der weitverbreiteten Annahme, wir würden in einem durchsäkularisierten Land leben, in dem nur noch ein paar Käuze an so etwas wie Gott glauben.

Jeder zweite Deutsche ist Mitglied in einem Verein, obwohl das Vereinswesen als Inbegriff der Spießigkeit gilt. 70 Prozent der Kinder kommen nach wie vor in Ehen zur Welt, allen Vorträgen über die Vorzüge von Patchwork zum Trotz.

Wer eine der führenden Zeitungen des Landes aufschlägt, muss zu dem Schluss gelangen, dass die Mehrheit der Menschen mit dem Gedanken an den drohenden Klimatod aufwacht und mit der Frage zu Bett geht, wie sie sich so ausdrücken können, dass sich niemand zurückgesetzt oder beleidigt fühlt.

Der Häufigkeit nach zu urteilen, mit der über ihn berichtet wird, lebt der Durchschnittsbürger in durchgrünter Innenstadtlage auf gewachster Altbaudiele, wo man schon deshalb über den Autowahn der Deutschen den Kopf schüttelt, weil der Stellplatz vor der Tür seit Langem der radgerechten Stadt zum Opfer gefallen ist.

Auch das entspricht nicht der Realität in Deutschland. Die Wahrheit ist: In Großstädten, also Städten mit mehr als 400 000 Einwohnern, leben lediglich 19 Prozent der Bundesbürger (was möglicherweise erklärt, warum der Bundeskanzler Friedrich Merz und nicht Robert Habeck heißt).

Weshalb ich das schreibe? Weil die Fehlwahrnehmung, was normal ist und was nicht, Folgen hat. Wer nach einer Erklärung sucht, weshalb die Wahl der Juraprofessorin Frauke Brosius-Gersdorf ins Bundesverfassungsgericht so schrecklich schiefgehen konnte, findet sie in der Verwechslung von Mehrheit und Minderheit.

Der grüne Parteivorsitzende Felix Banaszak ließ sich nach der Verschiebung der Richterwahl zu folgendem Statement hinreißen: »CDU und CSU haben sich heute aus der demokratischen Mitte unseres Landes verabschiedet. Man kann nur hoffen, dass sie den Weg zurückfinden.« Seine Parteifreundin Renate Künast setzte noch einen drauf, indem sie schrieb: »CDU auf Kurs Abschaffung der Demokratie und des Rechtsstaats.«

Das ist der Stand der Debatte: Wer es nicht übers Herz bringt, eine Frau zu wählen, die die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Abtreibung für obsolet erklärt und den Abbruch in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft zur reinen Privatsache machen will, hat den demokratischen Rahmen verlassen.

Wer ist die Mitte? Die Mitte fährt Auto, und das ganz konventionell. Sie hört Helene Fischer und schunkelt auch im Bierzelt ohne schlechtes Gewissen mit. Wenn sie morgens aufsteht, fragt sie nicht als Erstes nach der Work-Life-Balance, sondern sorgt dafür, dass Deutschland einigermaßen funktioniert.

Die Mitte benutzt Worte, für die man beim »Spiegel« sofort vor die Tür gesetzt wird, und lacht an Stellen, an denen es sich nicht gehört. Sie isst zum Frühstück Nutella, mag im Zweifel Volksmusik und dient bei der freiwilligen Feuerwehr. Kurz: Sie ist so, wie man links der Mitte als Eltern seinen Kindern immer gesagt hat, dass sie nie werden sollen.

Die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner berichtete neulich, wie sich die Reaktionen auf ihren Flaggenerlass unterschieden hätten. In Berlin herrschte Fassungslosigkeit, dass Klöckner die Regenbogenflagge nur noch einmal im Jahr auf dem Reichstag erlauben

will. Im Bundestag gab es dem Vernehmen nach Tränen. Aber sobald Klöckner zu Besuch in ihrer Heimat in Bad Kreuznach ist, spielt das Thema keine Rolle. Oder die Leute bestärken sie in ihrer Auffassung, dass die Queer-Bewegung eine politische Bewegung wie andere sei, also nicht schlechter, aber auch nicht besser.

Mir schreiben oft Leute: »Wie gut, dass es Sie gibt.« Das freut mich natürlich. Mich erreicht ja nicht nur Lob. Ich erwähne das allerdings nicht, weil ich vorsorglich etwaigen Vorbehalten begegnen will (obwohl auch das nicht schaden kann). Ich erwähne es, weil ich glaube, dass die Zuschriften auf etwas Grundsätzlicheres hindeuten. Viele Menschen haben offenbar das Gefühl, dass das, was sie so denken und wie sie die Dinge sehen, in den Medien deutlich unterrepräsentiert ist.

Ich kann ihnen da nicht widersprechen. Mein Eindruck ist auch, dass die Welt, wie sie in den Medien abgebildet wird, und die Welt, die eine Mehrheit nach wie vor als ihr Zuhause begreift, immer weiter auseinanderfallen. Als Soziologe würde man von einer Repräsentationslücke sprechen.

Im Land da draußen leben jede Menge Menschen, die weder Winnetou für eine rassistische Figur halten noch »Layla« für einen Song, den man unter Aufführungsverbot stellen muss. Wäre es anders, müssten sich die Grünen keine Sorgen machen, ob sie jemals ins Kanzleramt einziehen. Aber in dieses normale Deutschland setzen die meisten Journalisten selten einen Fuß. Es kommt auf den Stehempfangen und Dinnerpartys, auf denen die meinungsbildenden Leute zusammenstehen, praktisch nicht vor.

Das normale Deutschland sind Orte wie Tuttlingen, Bitburg oder Wetzlar, jene als Provinz verspottete Welt, in der man zum Muttertag noch Blumen schenkt, Gendern für eine exotische Form der Fitness hält und nichts Verwerfliches an Gardinen und Häkeldeckchen findet. In dieser Welt sagt übrigens auch niemand: »Patchwork, ja, das ist mein Traum vom Glück. Das habe ich mir für meine Beziehung immer gewünscht.«

Friedrich Merz hat das Thema vor seiner Wahl zum Bundeskanzler aufgenommen und gesagt, Kreuzberg sei nicht Deutschland. Riesenaufregung im besorgten Teil der Republik. Im »Spiegel« stand eine lange Philippika, warum sich Merz damit endgültig unmöglich gemacht habe. Merz betreibe das Geschäft der Ausgrenzung, so ein Mann dürfe nie Kanzler werden.

Kreuzberg ist nicht Deutschland? Na gottlob, würde ich sagen. Die Aussichten sind ohnehin düster. Alle in Europa legen beim Wachstum zu, nur wir werden ärmer. Wenn Deutschland wie Kreuzberg wäre, könnten wir komplett einpacken.

Was passiert, wenn die Mehrheit das Gefühl hat, am Rande zu stehen? Das ist das Thema, dem sich dieses Buch widmet.

Der Mehrheitswille war noch nie so gut erforscht wie heute. Jede Woche fühlen Meinungsforschungsinstitute dem Wähler den Puls, fragen nach seinen Vorlieben, Abneigungen, Sorgen und Befürchtungen. Kein Politiker, der sich nicht auf den Bürger beruft. Sogar die Grünen führen bei der Durchsetzung ihrer Projekte gerne den Mehrheitswillen an. Und doch fühlt sich die Mehrheit ungehört. Mehr noch: Sie fühlt sich im Stich gelassen.

Auch das lässt sich ja den Umfragen entnehmen. Eine wachsende Gruppe von Menschen hat den Eindruck, dass sie mit ihrer Meinung mehr oder weniger alleine stehen. Sie denken, dass es zunehmend gefährlich ist, offen zu äußern, was man denkt. Wenn man sie fragt, ob man sich in der Öffentlichkeit besser vorsehen sollte, was man sagt und was nicht, stimmen sie dieser Aussage zu. Mehr als die Hälfte der Deutschen denkt so. Dabei bildet sie in Wahrheit die Mehrheit.

Die Sozialwissenschaft hat einen Namen für dieses Phänomen. Sie nennt es das »Mehrheitsparadox«. Der Einzelne glaubt, er sei mit seiner Meinung allein, obwohl in Wirklichkeit die meisten so denken wie er.

Es ist ein sich selbst verstärkender Effekt. Da man glaubt, mit der eigenen Ansicht in der Minderheit zu sein, behält man sie lieber

für sich, aus Angst, sich lächerlich zu machen. Weil die anderen aus demselben Grund schweigen, entsteht der öffentliche Eindruck, die Mehrheit stünde hinter einer Meinung, die in Wahrheit nur wenige teilen. Das wiederum führt dazu, dass am Ende kaum noch jemand den Mund aufmacht – was wiederum die vermeintliche Mehrheit noch stärker erscheinen lässt. Es kommt zur »pluralistischen Ignoranz«.

In einer Demokratie gibt es Mechanismen, die der pluralistischen Ignoranz entgegenwirken. Der bekannteste Mechanismus sind Wahlen. Aber dieses Korrektiv ist außer Kraft gesetzt. Die Wähler geben ihr Votum ab, doch es interessiert nicht. Der Mehrheit wird gesagt, dass sie gar nicht die Mehrheit sei, weil man ein Viertel der Stimmen bei der Willensbildung lieber nicht mitzähle. Das ist das Mehrheitsparadox auf die Spitze getrieben.

Wir werden Zeuge eines unerhörten Experiments. Zum ersten Mal in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie macht sich eine Minderheit daran, der Mehrheit nicht nur vorzuschreiben, wo es langgeht. Die Mehrheit wird auch noch dafür verspottet, dass sie nicht so weit ist wie die Minderheit, die den Ton angibt.

Wie das oft ist bei Experimenten: Es ist nicht auszuschließen, dass es schiefgeht. Das unterscheidet ja das Experiment von der erprobten Lage. Wenn man Pech hat, fliegt alles in die Luft.

Schauen wir uns die Versuchsanordnung also einmal genauer an. Es könnte lehrreich sein. Vorhang auf!

Dem Volk kann man nicht trauen – oder wie wir zu unseren Politikern kommen

Die meisten Menschen denken, sie würden alle vier Jahre die Leute wählen, die über ihr Leben bestimmen. Aber das ist ein Trugschluss. 50 Prozent der Abgeordneten, die im Parlament sitzen, sind nie vor den Wähler getreten. Deshalb agieren sie auch so, wie sie agieren.

Ich bin im Winter 2017 nach Pullach in den Süden von München gezogen. Es war die klassische Geschichte: Erst kommt das erste Kind, dann das zweite. Man schiebt die Möbel von hier nach dort. Irgendwann geht's nicht mehr, und eine neue Bleibe muss her.

Auch Pullach ist nicht das, was man günstig nennen kann. Aber im Vergleich zu dem, was einem in München angeboten wird, kauft man wenigstens ohne das Gefühl, nur den Makler reich gemacht zu haben.

So sind wir im Vorort gelandet. Doppelhaushälfte von 1995, mit ordentlichem Garten, jedenfalls verglichen mit dem Handtuchstück, das einem heute bei Neubauten als Garten verkauft wird. Ich habe den Umzug nicht bereut. Im Gegensatz zu vielen Umlandgemeinden hat Pullach einen schönen Ortskern, der zum Verweilen einlädt. Ich habe mit dem Gärtnern angefangen. Und wenn ich im Sommer den Kopf ins Wasser stecken will, muss ich mich nur aufs Rad schwingen und runter zum Kiesbett der Isar fahren.

Auch politisch sind wir eine Insel der Seligen. Wenn ein Wahltag naht, bauen auf dem Kirchplatz alle ihre Stände auf – die CSU,

die Grünen, die FDP, die Sozialdemokraten. Aber das ist es dann auch schon. Ich habe noch nie die AfD oder die Linkspartei gesehen. Es gibt sicher auch in Pullach AfD-Wähler, für einen Ortsverein hat es bislang nicht gereicht. Vielleicht sind die Leute hier zu träge. Vielleicht fehlt aber einfach der Untergrund an Ressentiment, Enttäuschung und Wut.

Pullach wurde bis vor Kurzem von einer Grünen regiert, Susanna Tausendfreund. Auch das ist nicht selbstverständlich. In ganz Bayern gibt es bei insgesamt 2000 Gemeinden lediglich zwanzig grüne Bürgermeister. Im Landkreis München war sie die Einzige.

Mein Umzug nach Pullach fiel ziemlich genau mit der Errichtung des Maibaums zusammen. Jeder, der aus Bayern stammt, weiß, was das für eine große Sache ist. Alle fünf Jahre muss der Maibaum ausgetauscht werden, weil das Holz morsch wird. Dann rückt die Feuerwehr an, und ein paar Monate später fährt der Kran vor, um den neuen Baum aufzurichten.

Am Tag der Maibaumeinweihung war der halbe Ort zusammengekommen. Es gab eine kleine Bühne. Die freiwillige Feuerwehr war angetreten. Eine Blaskapelle spielte, dazu tanzten die Trachtengruppen – eine Mischung aus Heimatpflege und Brauchtum, wie sie in dieser Ungezwungenheit nur in Bayern denkbar ist. Nach dem katholischen und dem evangelischen Pfarrer trat dann die Bürgermeisterin ans Mikrofon. Und was sagte sie zur Begrüßung? »Ich freue mich so über unsere feschen Madln und kräftigen Burschen.«

Ich dachte, mir fallen die Ohren ab. Unsere feschen Madln und kräftigen Burschen? Für so einen Satz würde man in Berlin-Kreuzberg bei den Grünen sofort hochkant aus der Partei fliegen, und zwar geteert und gefedert. In Berlin reicht es, dass man bekennt, als Kind davon geträumt zu haben, Indianerhäuptling zu sein, um ein Parteiausschlussverfahren am Hals zu haben. Und hier stellt sich eine Grüne hin und lobt völlig ungezwungen die traditionelle Geschlechterordnung?

Ich habe Susanna Tausendfreund beim nächsten Mal ohne Zögern meine Stimme gegeben. Ich weiß, das ist ein Bekenntnis, das bei einigen meiner Leser Stirnrunzeln hervorrufen wird. Aber eine Grüne, die so redet, als ob sie als Kind in den Kessel mit dem CSU-Zaubertrank gefallen ist: Da kann man doch nicht Nein sagen.

Mir hat die Maibaum-Geschichte viel über die Vorzüge der direkten Demokratie gesagt. Wer eine Mehrheit der Wähler hinter sich versammeln muss, ist gut beraten, sich nicht zu weit von ihnen zu entfernen. Ich würde sogar sagen, dass wir besser dran wären, wenn wir mehr direkte Demokratie in Deutschland hätten.

Ich kenne die Gegenargumente. Im Kern läuft es darauf hinaus, dass man dem Volk nicht trauen könne. Deshalb brauche es Mittelsmänner und Mittelsfrauen, die dafür Sorge tragen, dass die rohen Leidenschaften nicht in die Politik schwappen. In Deutschland haben wir es mit einer Kombination aus Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht so eingerichtet, dass zwischen dem Wähler und der in seinem Namen organisierten Politik möglichst viele Filter liegen.

Die meisten Menschen denken, sie hätten die Politiker gewählt, die sie repräsentieren. Aber das ist nur zur Hälfte wahr. 50 Prozent der Abgeordneten sitzen im Parlament, ohne dass je ein Wähler für sie die Hand gehoben hätte. Wie sie trotzdem dort hinkommen? Über die Liste. So nennen die Parteien die für sie segensreiche Einrichtung der Umgehung des Wählerwillens durch den Parteitag. Der Listenabgeordnete muss nicht dem Wähler gefallen, sondern den Delegierten. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge.

Es gibt Spitzenpolitiker, die sich in ihrem Leben nie einer richtigen Wahl gestellt haben und trotzdem unaufhaltsam aufstiegen. Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war so ein Fall. Es gelang ihm auch so eine beispiellose Karriere, vom Kanzleramtsminister über den Außenminister bis zum Vizekanzler. Aber

die Schmach, nie den Wähler überzeugt zu haben, blieb. Bis die SPD Potsdam ein Erbarmen hatte und Steinmeier mit einem Wahlkreis versorgte, in dem man als Sozialdemokrat praktisch nicht verlieren kann.

Auch Ursula von der Leyen hat jedes Mal schrecklich Schiffbruch erlitten, wenn sie vor den Wähler trat. Einmal in ihrem Leben war sie erfolgreich, bei ihrer ersten Wahl als Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Lehrte. Da half noch der Name ihres Vaters, des langjährigen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Danach reihte sich Niederlage an Niederlage.

Ich glaube, insgeheim zahlt sie es den deutschen Wählern jetzt heim, dass sie ihr immer die kalte Schulter gezeigt haben. Wer jedenfalls gehofft hatte, Deutschland würde davon profitieren, dass eine Deutsche die EU-Kommission leitet, sieht sich getäuscht. Im Gegenteil: An der Deindustrialisierung des Landes hat Ursula von der Leyen einen erheblichen Anteil.

Parteien lieben die Liste. Wenn es nach ihnen ginge, würden alle Mandatsträger ausschließlich von den Parteien nominiert. Die Liste hat den Vorteil, dass man auf die Abgeordneten nach Belieben Druck ausüben kann. »Was, du willst nicht so stimmen, wie es der Parteilinie entspricht? Dann müssen wir uns aber sehr gut überlegen, ob es nächstes Mal wieder für einen aussichtsreichen Listenplatz reicht.«

Direkt gewählte Abgeordnete sind schwieriger zu steuern. Solange sie über ausreichend Unterstützung im Wahlkreis verfügen, kann ihnen so schnell keiner was, auch nicht der Fraktionsvorsitzende. Wenn der anruft, um ein Votum in seinem Sinne zu erbitten, hören sie sich das gerne an. Aber wenn sie den Eindruck haben, dass sie zu etwas genötigt werden sollen, was ihnen widerstrebt, stellen sie auf Durchzug. Im Zweifel berufen sie sich auf ihr Gewissen. Die Gewissensentscheidung ist das »Fuck you« der Politik.

Warum viele Bürger eine solche Distanz zur Politik verspüren?

Das hängt mit den Repräsentanten zusammen, die heute das Sagen haben. Man könnte auch umgekehrt fragen: Warum ist jemand wie Wolfgang Bosbach nach wie vor ausgebuht? Bosbach hat kein Amt mehr und kein Mandat. Das letzte Mal, dass er für die CDU im Bundestag saß, liegt acht Jahre zurück. Dennoch könnte er jeden Abend einen Wahlkampfauftritt bestreiten, wenn er wollte. Die Anrufe von Parteifreunden, die ihn gerne als Zugpferd in ihrem Wahlkreis hätten, reißen nicht ab.

Der Grund dafür ist einfach: Die Leute hören ihm gerne zu. Er behumst sie nicht. Er packt sie nicht in Watte. Er überzieht sie aber auch nicht mit einer düsteren Suada, warum Deutschland dem Untergang geweiht sei. Bosbach verfügt über eine Mischung aus Frohsinn, Hemdsärmeligkeit und Aufrichtigkeit, die Menschen dazu bringt, ihre Stimme der CDU zu geben.

Gerade die SPD war lange mit Leuten gesegnet, die ohne Umstände einen direkten Draht zum Wähler fanden. Gerhard Schröder, Kurt Beck, Peer Steinbrück, auch Sigmar Gabriel gehörte dazu. Es waren nicht von ungefähr alles Politiker, die sich nicht bei jeder Äußerung fragten, was wohl die Berliner Journaille dazu sagen würde. Unvergessen, wie Beck einem Arbeitslosen, der ihn bedrängte, entgegenhielt: »Wenn Sie sich waschen und rasieren, dann haben Sie in drei Wochen einen Job.« Die Medienleute waren indigniert. Aber Beck sagte: »S'Lebbe iss doch, wie's iss.«

Willy Brandt war noch einmal eine andere Kategorie. Brandt war Charismatiker, da gehört das Entrücktsein dazu. Aber so jemand taucht nur einmal in hundert Jahren auf. Auch Helmut Schmidt war kein geborener Volkstribun. Er wurde das dann in gewisser Weise, als er seine Rolle als Elder Statesman kultivierte, für den im Fernsehstudio sogar die Rauchgesetze außer Kraft gesetzt wurden. Aber in seiner Zeit als Kanzler war er eher geachtet als bewundert.

Auch Angela Merkel war auf ihre Weise eine Frau des Volkes. Intuitiv erfassten die Wähler, dass es nicht gestellt war, wenn ein

Reporter sie beim Einkaufen im heimischen Supermarkt ablichtete. Selbstverständlich waren draußen Bodyguards, während sie ihre Einkäufe erledigte und sich dann in die Schlange vor der Kasse einreihete. Aber sie stand eben in der Schlange und wartete geduldig, bis sie an der Reihe war. Als sie einmal gefragt wurde, was sie am Wochenende am liebsten tat, lautete die Antwort: ihrem Mann ein ordentliches Frühstück zuzubereiten. Wem geht da nicht das Herz auf?

Leider trieb sie es dann mit der Volkstümlichkeit so weit, dass sie nur noch die Entscheidungen traf, von denen sie annahm, dass eine Mehrheit sie gutheißen würde. Niemand im Kanzleramt hat die Umfragebesessenheit so auf die Spitze getrieben wie die ewige Kanzlerin. Regieren nach Zahlen nannten wir das im Hauptstadtbüro des »Spiegel«. Hier liegt auch die Erklärung, weshalb sie erst die Atomkraft in Deutschland abschaltete und dann das Fracking verbot, obwohl sie besser als jeder andere wusste, was von Wladimir Putin zu halten war.

Das politische Geschäft kennt den Parteiarbeiter und den Wahlkämpfer. Der Parteiarbeiter verlässt sich beim Aufstieg auf die Gremien, die über die Verteilung von Posten bestimmen. Hier zählt vor allem, wie zuverlässig jemand der Sache gedient hat, aus welchem Landesverband er kommt oder welchem politischen Flügel er angehört.

Vor größerem Publikum packt diesen politischen Vertreter oft eine eigentümliche Scheu. Er wirkt dann gehemmt und hölzern. Aber das macht nichts. Da das deutsche Parteiensystem die für den Parteiarbeiter segensreiche Einrichtung der Listenwahl schätzt, ist er gegen die Unwägbarkeiten des demokratischen Auswahlverfahrens abgesichert, solange er auf der jeweiligen Liste nur weit genug oben steht.

Der Wahlkämpfer hingegen sucht sein Heil auf der Straße. Er macht sein Fortkommen von der Zustimmung des Bürgers abhängig, was voraussetzt, dass er von diesem verstanden und auch

gemocht wird. Der Parteiarbeiter nennt das »populistisch«, der Wahlkämpfer »populär«.

Sie ahnen, bei wem meine Sympathien liegen. Ich hatte aus diesem Grund zum Beispiel immer ein Faible für Klaus Wowereit. Wie sein Vorbild Gerhard Schröder war auch Wowereit durch und durch ein Kind der Straße. Wie Schröder stammte er aus einfachsten Verhältnissen: der Vater abwesend, die Mutter ungelernete Hilfskraft, die ihre Kinder mit Putz- und Gelegenheitsjobs durchbrachte.

Einmal war ich mit Klaus Wowereit im Wahlkampf unterwegs. Der erste Stopp: ein Einkaufszentrum in Berlin-Lichtenberg. Die Zeitungen waren wieder voll mit Nachrichten, was alles in Berlin schief lief, aber der Regierende Bürgermeister schnappte sich kurzerhand ein Bund Rosen vom Wahlkampfstand und rannte auf ein Rentnerpärchen am Eingang des »Ring-Center« zu.

»Na«, sagte er, »wie geht's denn so?« Dann guckte er der Frau in die Einkaufstasche. »Passen Sie auf, dass Ihr Mann nicht vom Fleisch fällt. Es sei denn, Sie wollen ihn nicht mehr.« Allgemeines Gelächter.

Nächste Station: ein Imbiss im ersten Stock. Vor Tellern mit riesigen Hawaii-Toasts zwei junge Frauen, die offenbar ihr zweites Frühstück einnahmen. Wowereit steuerte schnurgerade auf den Tisch zu und beugte sich hinunter.

»Na, die Portion ist ja auch nicht zu klein geraten.« Kurze Schrecksekunde bei den beiden Imbisskundinnen. Dann erneut Gelächter.

Man kann nicht behaupten, dass sich Wowereit beim Wähler angebiedert hätte. Aber natürlich hatte er am Ende die Nase vorn. Wenn er gewollt hätte, wäre er auch ein viertes Mal gewählt worden – trotz Flughafen-Debakel, mieser Pisa-Ergebnisse und brennender Autos. Er hat es dann vorgezogen, sich aus der Politik zu verabschieden, bevor andere meinten, es sei Zeit, zu gehen.

Ich habe auch Christian Ude im Wahlkampf beobachtet. Bevor es zu den ernstesten Themen kam: erst einmal zwei Gags zum Aufwärmen. So fing bei dem Münchner Oberbürgermeister der Abend an. Man kann das furchtbar unseriös finden, aber es ist eben sehr viel unterhaltsamer als diese papierernen Reden, in denen ein Programmpunkt nach dem anderen abgearbeitet wird.

Der Straßenkämpfer verdankt das, was er ist, der Fähigkeit, mühelos Kontakt zu Menschen herzustellen und sie für sich einzunehmen. Oder diese, wenn sie sich als Gegner erweisen, in Schach zu halten und gegebenenfalls niederzustrecken. Er ist das, was man einen politischen Selfmademan nennen könnte.

Wer seinen Aufstieg vor allem sich selbst verdankt, urteilt über Menschen, die aus dem Apparat kommen, leicht herablassend. Zur Loyalität ist der wölfische Typ nur begrenzt fähig. Schmerzhaft ist diese Erfahrung für diejenigen, die mehr erwartet hatten. »Dem ehemaligen Berliner SPD-Fraktionschef Klaus Böger merkt man noch heute die Erschütterung darüber an, mit welcher Kälte sein einstiger Protegé ihn abservierte, als er nicht mehr von Nutzen war«, schrieb ich in einem Porträt über Wowereit als Bürgermeister.

Die Politik des Neides, die bei den Linken hoch im Kurs steht, liegt dem Selfmademan fern. Er ist sogar erstaunlich neidfrei. Der Erfolg oder Reichtum anderer stoßen ihn nicht ab, sie faszinieren ihn eher. Schröder brachte seine ostentative Hinwendung zum guten Leben den Beinamen »Brioni-Kanzler« ein. Wowereit konnte im Detail die Vorteile der verschiedenen Zimmer im »Oriental« in Bangkok benennen, was eine für einen Sozialdemokraten überraschende Kennerschaft der Luxushotellerie verrät.

Wenn man sich fragt, warum die Politik so einen Ansehensverlust erlitten hat, wäre meine Antwort: weil immer mehr Leute in der ersten Reihe stehen, die sich den Parteitagsdelegierten verpflichtet fühlen.

Ich bin überzeugt davon, das Land wäre in besserer Verfassung,

wenn es mehr Politiker an der Spitze gäbe, in denen sich die Menschen wiederfänden. Es fängt mit der Sprache an. Die meisten Politiker sind völlig unfähig, so zu reden, dass man ihnen freiwillig länger als zwei Minuten zuhört. Weil das Reden aber zu ihrem Beruf gehört, reihen sie Phrase an Phrase.

Oder noch schlimmer: Sie beten das Parteiprogramm nach. Deshalb klingt jede Rede so, als ob sie vor einer Delegiertenkonferenz gehalten würde. Der große Vorteil von Delegiertenkonferenzen ist: Egal, was man sagt, man wird trotzdem gewählt. Entscheidend ist, dass man sich bei den Tagesordnungspunkten als sattelfest erweist. Originalität ist ein Hindernis. Die Delegierten haken bei jeder Rede den Bezug zur Programmvorlage ab. Wer die meisten Phrasen unterbringt, gewinnt.

Ich bin neulich über ein Interview mit Bärbel Bas gestolpert. Ich hatte die Fernbedienung nicht zur Hand, also war ich gezwungen zuzuhören. Die Frau wird einem immer als besonders bodenständig angepriesen. Vater LKW-Fahrer, Mutter Hausfrau, dazu Herkunft aus dem Ruhrpott. Also der klassische Schröder-Wowereit-Hintergrund. Ich glaube inzwischen, das wird deshalb ständig erwähnt, weil man etwaiger Kritik vorbauen will. Tatsächlich zeichnet die SPD-Parteivorsitzende eine merkwürdige Mischung aus Bollerigkeit und latentem Eingeschnapptsein aus.

Bas ist der Beweis, dass Herkunft allein noch keinen Stimmenmagnet macht. Es sollte schon so etwas wie Persönlichkeit dazukommen. Weil Frau Bas das womöglich selbst ahnt, setzt sie auf die Frauenkarte. Die Frauenkarte ist der Joker der Linken. Wenn alles andere fehlschlägt, dieses Argument sticht immer.

Die Bas-Geschichte geht so: Nach der Schule habe sie technische Zeichnerin werden wollen. Sie habe über achtzig Bewerbungen geschrieben, aber überall eine Absage erhalten, weil sie eine Frau sei. Wir haben keine Frauentoiletten, habe in den Absagen gestanden. Also schwere Kindheit in Duisburg plus Diskriminierung als Frau. Kein Wunder, dass sie bei der Wahl zur Parteivorsitzenden

95 Prozent holte, 30 Prozent mehr als der arme Lars Klingbeil, der leider nur eine Kindheit im niedersächsischen Munster vorzuweisen hat.

Dummerweise kann die Geschichte so nicht stimmen. Die Arbeitsstättenverordnung, die bei Unternehmen mit mehr als fünf Mitarbeitern verschiedenen Geschlechts getrennte Toilettenräume vorschreibt, gibt es seit 1983. Kleinere Betriebe sind verpflichtet, eine zeitlich getrennte Nutzung sicherzustellen. Und nicht einmal in den Achtzigerjahren dürften Arbeitgeber so blöd gewesen sein, bei einer Absage das Geschlecht als Begründung zu nennen. Das wäre schon damals ein Klagegrund gewesen.

Wenn Frau Bas der Ausbildungsplatz als technische Zeichnerin versagt blieb, lag es mutmaßlich an den Noten ihres erweiterten Hauptschulabschlusses. Das aber wäre eine Geschichte, mit der man auf keinem Parteitag reüssiert, nicht einmal bei der SPD.

Der interne Proporzgedanke setzt sich bei der Personalauswahl fürs Kabinett fort. Wie kam eine Frau wie Christine Lambrecht ins Verteidigungsministerium? Oder Andi Scheuer auf den Posten des Verkehrsministers? Ich mochte den Scheuer, Andi, wirklich. Aber alle ahnten, dass er wohl nicht die hellste Kerze auf der Torte war. Dokortitel in Prag, der nur in Berlin und Bayern geführt werden durfte – muss ich mehr sagen? Mit den Folgen plagen wir uns noch die nächsten fünfzehn Jahre herum. Die Bahn war schon vor Scheuer ziemlich auf den Hund gekommen. Aber er hat ihr den Rest gegeben.

Es gibt auch den tragischen Fall der unfreiwillig zum Sprechautomaten mutierten Spitzenpolitikerin. Viele haben sich bei Ricarda Lang über ihr Gewicht mokiert. Dass sie zu dick war, machte sie aus meiner Sicht eher sympathisch. Wer will schon Leute an der Spitze, die sich jeden Moment im Griff haben? Das Problem war eher, dass sie so sprach, als ständen hinter ihr fünf Pressesprecher, um jeden Satz auf Konkordanz mit der Parteilinie zu überprüfen.

Ich habe Ricarda Lang nach ihrem Rücktritt vom grünen Parteivorsitz bei »Maischberger« kennengelernt. Wir standen nach der Sendung noch länger beisammen. Ich war überrascht, wie unverkrampft sie im persönlichen Gespräch sein kann. Sie selbst hat später darüber Auskunft gegeben, wie sehr sie sich als Parteivorsitzende eingeschnürt gefühlt habe. Wie sie bei jedem Satz darüber nachdachte, ob es irgendwo einen Fallstrick gebe, an dem man sie aufknüpfen könnte. So hat sie dann auch geredet.

In gewisser Weise ist die frühere Ricarda Lang ein Ergebnis der medialen Dauerschleife. Ein Moment der Unachtsamkeit, irgendein Blödsinn, den man vor laufender Kamera erzählt, und schon ist man das Gespött der Nation. Früher, vor der Erfindung von YouTube und der ZDF-Mediathek, konnte man darauf hoffen, dass nicht alle den Fehltritt mitbekommen hatten. Das versendet sich, war ein beliebter Satz, wenn man jemanden über einen Fauxpas hinwegtrösten wollte.

Franz Josef Strauß erkennbar beschickert aus München zugeschaltet, um mit schwerer Zunge die Ergebnisse der Bundestagswahl 1987 zu deuten: Das ist tausendfach beschrieben worden. Aber wer hat es tatsächlich gesehen? Wer nicht im Moment des Geschehens dabei war, der musste es sich berichten lassen. Das war auch schön. Aber wir wissen alle, welchen Eindruck die unmittelbare Anschauung hinterlässt.

Heute versendet sich nichts mehr. Alles ist für die Ewigkeit festgehalten, um gegebenenfalls in Endlosschleife über unzählige Kanäle so lange wiederholt zu werden, bis auch der letzte Depp Bescheid weiß. Die meisten Wähler sind großzügiger im Umgang mit Fehlern, als wir annehmen. Es sind die professionellen Kommentatoren, die nicht verzeihen.

Meiner Beobachtung nach haben mehr Politiker Angst vor Menschen, als man meinen sollte. Sicher, abstrakt finden sie das Volk prima. Demokratie heißt schließlich, den Mehrheitswillen

zu organisieren. Aber wenn es konkret wird, bekommen viele Beklemmungen.

Man sieht es an der verdrucktesten Art, mit der sie sich dem Wähler nähern, so als gehe von diesem eine unbestimmte Gefahr aus. Da stehen sie dann am Obststand oder der Werkbank und stellen unbeholfene Fragen, weil ihnen die Berater gesagt haben, sie müssten sich zugänglicher zeigen. Entsprechend groß ist die Erleichterung, wenn alles vorbei ist und man wieder im Wahlkampf-Bus hockt.

Hätte ich etwas zu sagen, würde ich den Bierzelttest einführen. Warum ist die CSU die letzte Volkspartei? Weil man bei der CSU nur in die erste Reihe kommt, wenn man im Bierzelt besteht.

Wer war schon mal bei einem Bierzeltauftritt dabei? Den bayerischen Teil meiner Leser klammere ich hier wohlweislich aus. Zwei- bis dreitausend Leute passen in so ein Zelt, und zwar locker. Alle haben etwas zu essen auf dem Tisch, und wenn sie nichts zu essen vor sich haben, dann in jedem Fall etwas zu trinken. Das heißt: Wenn der Matador die Bühne betritt, hat er es mit einer Menschenmenge zu tun, die schon ohne ihn in Stimmung gekommen ist und jetzt keinen Stimmungsabfall erleben möchte.

Ich habe beobachtet, wie das ist, wenn die Menge die Lust verliert. Das ist brutal. Der Lärm beginnt ganz hinten, wo der Redner die Zuhörer nur als Schemen ausmachen kann, und setzt sich nach vorne fort, immer lauter anschwellend, bis die Lärmwoge vor dem Rednerpult angelangt ist, wo die Honoratioren sitzen. Das sind die Einzigen, die den Mund halten, weil sie der Redner von oben in den Blick nehmen kann. Aber schon in der zweiten Reihe tobt die fröhliche Unruhe. Das ist wie bei einem Comedian, bei dem ein Witz nach dem andern tot ins Wasser fällt.

In Bayern muss jeder Politiker durchs Bierzelt. Damit ist ausgeschlossen, dass es Menschen ganz nach oben schaffen, die zwar im Hinterzimmer des Parteiklüngels reüssieren, vor dem großen

Publikum aber durchfallen. Der Listenkandidat, der sich auf die Unterstützung des Politestablishments verlässt, ist in Bayern nahezu unbekannt.

Man sollte meinen, dass sie in den Parteizentralen darüber nachdenken, wie sie wieder mehr Menschen aufstellen, die so reden, dass man ihnen freiwillig zuhört. Heißt es nicht, wir müssten dringend unsere Demokratie stärken? Aber tatsächlich geht es genau in die andere Richtung.

Anfang 2022 hat die Ampel beschlossen, das Wahlrecht zu reformieren. Dass etwas getan werden musste, stand außer Frage. Mit jeder Legislaturperiode ist der Bundestag größer und größer geworden. Aber der Weg, den die Regierung wählte, verband das Notwendige mit dem für sie Nützlichen.

Im Handstreich entfernte man die Regel, wonach eine Partei automatisch im Bundestag vertreten ist, wenn sie mindestens drei Direktmandate gewonnen hat. Das richtete sich gegen die CSU und die Linkspartei, die oft entweder knapp unter (Linkspartei) oder über der Fünf-Prozent-Hürde liegen (CSU). Und was im Getöse völlig untergegangen ist: Nebenbei gelang es auch, die Erststimme zu entwerten, der die direkt gewählten Abgeordneten ihren Sitz verdanken.

Im neuen Wahlrecht ist die alles entscheidende Stimme die Zweitstimme, also die Stimme für die jeweilige Partei. Wenn jemand seinen Wahlkreis gewinnt, seine Partei aber nicht so doll abgeschnitten ab, geht er, wenn er Pech hat, leer aus und muss den Platz für einen Listenabgeordneten räumen. Die Wahlrechtsreform ist die Rache der Liste an den Direktmandaten.

Es gab am Wahlabend im Februar 2025 einige lange Gesichter. Größere Popularität erlangte ein Clip, in dem der CSU-Abgeordnete im Wahlkreis Augsburg kurzzeitig die Fassung verlor, als ihm dämmerte, dass er zwar seinen Wahlkreis gewonnen hatte, aber dennoch nicht in den Bundestag einziehen würde. Man sieht in dem Video, wie er die Gegenkandidatin Claudia Roth anblafft,

die es im Gegensatz zu ihm ins Parlament geschafft hatte, weil sie über die Liste abgesichert war.

Er hat sich dann später für seine Reaktion entschuldigt. Aber ich konnte den Frust verstehen. Claudia Roth gehörte übrigens zu den Abgeordneten, die mit ihrer Stimme für die Wahlrechtsreform dafür gesorgt haben, dass lästige Konkurrenten wie der Gegenkandidat von der CSU jetzt außen vor bleiben.

Die neue Regierung hat angekündigt, das Wahlrecht zu überarbeiten. Mal schauen, was dabei herauskommt. Es wäre ein Wunder, wenn das Direktmandat wieder an Gewicht gewönne. Es wäre in der Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik das erste Mal, dass sich der Parteienstaat selbst zügelt.

Die Politisierung der Justiz – oder Mehrheitssicherung durch die Hintertür

Was tun, wenn man fürchten muss, auf absehbare Zeit die gesellschaftliche Mehrheit verloren zu haben? Man besetzt die Gerichte mit Leuten, die einem gewogen sind. An der Justiz kann schließlich keiner vorbei, das ist die berühmte letzte Instanz.

Kurz bevor die Grünen in Berlin abtraten, weil die Wähler von ihnen die Nase voll hatten, gab deren innenpolitischer Sprecher Benedikt Lux dem »Neuen Deutschland« eine Art vorgezogenes Vermächtnisinterview.

Angesprochen auf die Leistungen der rot-rot-grünen Stadtregierung sagte Lux: »Wir haben die gesamte Führung fast aller Berliner Sicherheitsbehörden ausgetauscht und dort ziemlich gute Leute reingebracht. Bei der Feuerwehr, der Polizei, der Generalstaatsanwaltschaft und auch beim Verfassungsschutz. Ich hoffe sehr, dass sich das in Zukunft bemerkbar macht.«

Man ist geneigt, das für eine typische grüne Übertreibung zu halten. Auch ich habe dem Satz zunächst nicht viel Beachtung geschenkt. Aber im Nachhinein liegt ihm möglicherweise doch mehr Wahrheit zugrunde, als man vermuten sollte.

Die deutsche Justiz hat eine hohe Meinung von sich selbst. Dass sie über den Dingen stehe, der Sphäre der Politik enthoben, ist zentraler Bestandteil des Selbstverständnisses. Richter und Staatsanwälte sind die einzigen Berufsgruppen, bei denen sich jede Kritik verbietet.

Egal, was ein deutscher Richter entscheidet, der Bürger hat es klaglos hinzunehmen. Wer mault oder die Beweggründe hinterfragt, gilt als gefährlicher Querulant. Oder schlimmer noch: als Querdenker, der an den Grundfesten des Gemeinwesens rüttelt.

Wie sich denken lässt, ist auch die Justiz in Wahrheit von politischen Moden nicht frei. Es wäre völlig weltfremd, anzunehmen, dass Richter mit dem Überstreifen der Robe ihre politischen Überzeugungen ablegen würden. Aber das ist das Traumbild, an das zu glauben wir aufgefordert sind.

Beugen wir uns als Laienrichter für einen Moment über folgenden Fall:

Eines der zentralen Versprechen der Union ist es, den ungesetzlichen Zustand an den Grenzen zu beenden. Jeden Tag kommen Menschen, die auf Nachfrage nicht einmal sagen können, wie sie heißen oder wie alt sie sind. Beziehungsweise die Papiere vorzeigen, die zwar Namen und Altersangaben enthalten, sich aber schon bei flüchtigem Augenschein als gefälscht erweisen.

Bisher ist die übliche Praxis, diese Menschen erst einmal freundlich ins Land zu bitten, um dann mit ihnen gemeinsam den mühseligen Prozess der Prüfung ihres Asylantrags zu beginnen. Da dieses Verfahren oft Jahre dauert, hat sich ihr Aufenthaltsstatus am Ende allein aufgrund der inzwischen verflossenen Zeit so verfestigt, dass an eine Abschiebung nicht mehr zu denken ist.

Die neue Regierung will das ändern. Deshalb hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt die Grenzpolizei angewiesen, Asylbewerber in das Nachbarland zurückzuweisen, aus dem sie gekommen sind. Er kann sich dabei auf die Verfassung berufen. Wer aus einem sogenannten sicheren Drittstaat einreist, und das sind nach Lage der Dinge alle Länder um Deutschland herum, hat keinen Anspruch auf Asyl. So steht es in Artikel 16a des Grundgesetzes.

Im Mai 2025 griff die Polizei im Bahnhof von Frankfurt (Oder)

drei Somalier auf, die über Polen eingereist waren. Es war ihr dritter Versuch, in Deutschland Fuß zu fassen. Kurioserweise waren die Flüchtlinge mit jedem Grenzübertritt nicht nur juristisch besser beraten, sondern auch von Mal zu Mal jünger.

Die drei hatten zum ersten Mal Anfang Mai 2025 versucht, nach Deutschland zu gelangen, waren aber von der Bundespolizei angetroffen und abgewiesen worden. Auch ein zweiter Versuch schlug fehl. Inzwischen waren die Flüchtlinge von einer polnischen NGO in einem Hotel im grenznahen Slubice untergebracht und mit neuer Kleidung und neuen Mobiltelefonen versorgt worden.

Der dritte Anlauf brachte schließlich den Erfolg. Dieses Mal überquerten die Somalier die Grenze mit dem Zug nach Frankfurt (Oder). Die Strecke ist so streng kontrolliert, dass eine Festnahme nahezu unausweichlich ist. Unmittelbar nach dem Aufgriff meldete sich eine deutsche Anwältin bei der Bundespolizei und beantragte im Namen der drei Aufgegriffenen Asyl. Eine entsprechende Vollmacht, abgefasst in Deutsch und von ihren Mandanten unterschrieben, wurde den Beamten umgehend zugeleitet. Der Fall ging vor das Verwaltungsgericht in Berlin, das in einem Eilentscheid eine Abschiebung für rechtswidrig erklärte.

Innenminister Dobrindt tat das Urteil als Einzelfall ab, was ihm den Vorwurf eintrug, geltendes Recht zu brechen. Von einem »gruseligen Rechtsverständnis« sprach die »Tagesschau« in einem Kommentar. Das Verhalten des Ministers sei »besorgniserregend«. Wo die »Tagesschau« recht hatte: Die Entscheidung aus Berlin ist alles andere als ein Einzelfall – sie ist geeignet, die neue Abschiebungsoffensive der Regierung schon im Ansatz zu beenden. Dass in dem Zusammenhang auch die (grüne) Parteizugehörigkeit des Richters zur Sprache kam, wurde als besonders anstößig empfunden.

Dr. Florian von Alemann, so der Name des Verwaltungsrichters, hat eine Blitzkarriere unter seinem Parteifreund, dem grünen